

# 2015

## **BESCHLUSSBUCH**

[www.jusos.de](http://www.jusos.de)

**BUNDESKONGRESS DER  
JUNGSOZIALISTINNEN 2015**

Bremen, 27.-29.11.2015

## **Impressum**

**Herausgeber:**

Jusos in der SPD  
Willy-Brandt-Haus  
10963 Berlin

**Für den Inhalt der Anträge sind die  
jeweiligen Antragsteller verantwortlich.**

**Satz und Layout:**

**KoKoS**

**Das KonferenzKoordinationsSystem**  
KoKoS 2.4, © 2015 Fabian Parsch

# Bundeskongress, 27.-29.11.2015

## **A      Arbeitsprogramm**

A 1	Bundesvorstand	Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!	5
-----	----------------	--	---

## **B      Beschäftigung & Gute Arbeit**

B 1	Projekt Zukunft der Arbeit über den Juso Bundesvorstand	Andere Arbeitszeiten sind möglich!	18
B 7	Sachsen-Anhalt	Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber*innen oder Versicherer	22

## **D      Demokratie, Partizipation & Kampf gegen Rechts**

D 4	Hannover	Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?	23
D 14	Sachsen	Ey Deutschland du mieses Stück Scheiße! - Staatsbeleidigung ist keine Straftat	28

## **F      Frieden & Internationales**

F 3	Schleswig-Holstein	Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine- Krise	29
F 4	Berlin	Entwicklung post-2015 - Von einer neuen Agenda zu einem neuen Paradigma	34
F 10	Thüringen	Völkermord an Herero, Nama, Damara und San vollständig aufarbeiten	48

## **G      Gleichstellung, Feminismus & Gender**

G 1	Nordrhein-Westfalen	Gender Mainstreaming in der Stadt- und Regionalentwicklung	50
G 3	Bayern	Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen	53

## **I      Inneres, Justiz & Verbraucherschutz**

I 2	Hamburg	Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile	55
I 11	Mecklenburg- Vorpommern	Vermummungsverbot abschaffen!	56

## **K      Kommunales, Mieten & öffentliche Daseinsvorsorge**

K 6	Braunschweig	Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!	59
-----	--------------	--	----

<b>L Links Leben</b>			
L 1	Bundesvorstand	Links Leben!	62
<b>M Migration, Integration, Asyl- &amp; Flüchtlingspolitik</b>			
M 12	Saarland	Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik	76
<b>N Netzpolitik, Medien, Datenschutz &amp; Digitales</b>			
N 5	Nord-Niedersachsen	Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten	101
<b>P Pflege, Gesundheit &amp; Soziales</b>			
P 10	Brandenburg	Widerspruchslösung in der Organspende einführen	102
<b>R Rente, Generationen &amp; Familie</b>			
R 3	Hessen-Süd	Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik	103
<b>U Umwelt, Energie &amp; Nachhaltigkeit</b>			
U 2	Rheinland-Pfalz	Schluss mit Lebensmittelverschwendung - Containern legalisieren	106
<b>V Verkehr &amp; Infrastruktur</b>			
V 1	Nordrhein-Westfalen	Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in Mobilität	107
<b>W Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern &amp; Kapitalismuskritik</b>			
W 1	Projekt Transformation	Die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren! - der Wirtschaftsweise über Wohlstand statt Wachstum in den Fokus nehmen den Juso Bundesvorstand	118
W 2	Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand	Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik	132
W 17	Weser-Ems	Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land	140
<b>INI Initiativanträge</b>			
INI 2	Hannover	Nationalismus ist keine Alternative!	142
INI 3	Baden-Württemberg	Jusos: CDU-Bekenntnis zum Grundgesetz erforderlich. Gegen die CDU-gewollte Integrationspflicht für Migrantinnen und Migranten	144

**Titel** Die ökologischen Grenzen unseres Planeten  
respektieren! - Wohlstand statt Wachstum in den Fokus  
nehmen

**Antragsteller** Projekt Transformation der Wirtschaftsweise über den Juso  
Bundesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

---

**Die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren! -  
Wohlstand statt Wachstum in den Fokus nehmen**

1 Spätestens mit der 1972 vom Club of Rome veröffentlichten gleichnamigen Studie hat die  
2 Diskussion zu den "Grenzen des Wachstums" breite Resonanz in Politik und Öffentlichkeit  
3 gefunden. Wenngleich die Prognosefähigkeit komplexer Simulationen zur globalen Entwicklung  
4 notwendigerweise begrenzt bleiben muss, können wir heute - über 40 Jahre nach erscheinen  
5 der Studie - konstatieren, dass wesentliche Vorhersagen des verwendeten Standardmodells  
6 eingetreten sind. Es besteht kein Zweifel, dass unsere aktuelle Form des Wirtschaftens die zur  
7 Verfügung stehenden Umweltressourcen in vielen Dimensionen bereits heute massiv übernutzt.  
8 Besonders deutlich wird dies mit Blick auf die Treibhausgasemissionen, den Verlust von  
9 Biodiversität und den Stickstoffeintrag in die natürliche Senken. Diese Fakten zwingen uns, den  
10 absoluten Ressourcenbedarf zu verringern und stellen die vorherrschende Form des  
11 kapitalistischen Wirtschaftens grundsätzlich in Frage.

12  
13 Gleichzeitig müssen wir konstatieren, dass nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung vom, auf  
14 Kosten der Umwelt und zu Lasten breiter Teile der Bevölkerung, produzierten Reichtum  
15 profitiert. Dieser Teil der Weltbevölkerung lebt vornehmlich in den westlichen Industrienationen,  
16 welche für den Großteil des globalen Ressourcenverbrauchs und der globalen  
17 Umweltbelastungen verantwortlich sind. Es liegt folglich auf der Hand, dass wir auch künftig  
18 materielles Wachstum benötigen werden, um der Unterentwicklung in weiten Teilen der Welt zu  
19 begegnen, bestehende Verteilungskonflikte politisch zu lösen und eine gerechtere  
20 Wohlstandsverteilung zu erreichen. Für uns ist dabei jedoch klar, dass Wirtschaftswachstum  
21 nicht gleichbedeutend mit Wohlstandsmehrung ist.  
22 Um Fortschritt beurteilen zu können und bedürfnisangemessenes Wirtschaften zu ermöglichen,  
23 bedarf es eines erweiterten Wohlstandsbegriffs, welcher die für Wohlstand und Lebensqualität  
24 relevanten Dimensionen erfasst.

25  
26 Als Jusos stellen wir uns der Frage, was Wohlstand zu Beginn des 21. Jahrhundert bedeutet  
27 und in welchem Verhältnis Wohlstand und Wirtschaftswachstum stehen. Davon sind  
28 grundlegende Fragen über die Art und Weise unseres Wirtschaftens berührt, welche nach  
29 gesamtgesellschaftlichen Antworten verlangen und Folgefragen mit Blick globale Gerechtigkeit  
30 aufwerfen. Wir sind überzeugt, dass eine gleichmäßigere und damit gerechtere  
31 Wohlstandsverteilung moralisch und politisch geboten ist. Sie ist aber auch deshalb eine  
32 Notwendigkeit, weil es globale Entwicklung nur geben kann, wenn es gelingt, Verteilungs- und  
33 Ressourcenkonflikte als Hauptgrund für Krieg und Bürgerkrieg durch eine gerechtere  
34 Wohlstandsverteilung aufzulösen. Dies wird ohne grundlegende institutionelle Reformen des  
35 strukturell ungerechten und krisenhaften internationalen Währungs- und Finanzsystem, welches  
36 eine kontinuierliche und stabile wirtschaftliche Entwicklung massiv behindert, nicht zu erreichen  
37 sein. Für den somit umrissenen Themenkomplex soll der vorliegende Beschluss Denkanstöße  
38 geben und politische Lösungsstrategien formulieren.

39  
40 **Unser Begriff von Wohlstand**

41

42 Wenn wir Jusos über Wohlstand sprechen, dann sind wir uns darüber im Klaren, dass es im  
43 Spiegel unterschiedlicher Lebens- und Gesellschaftsmodelle keine eindeutige und bis ins Detail  
44 messbare Definition für diesen Begriff gibt. Aus der Zielperspektive ist Wohlstand das, was die  
45 Menschen als Grundlage für die Verwirklichung eines guten Lebens aus ihrer individuellen  
46 Perspektive und im gesellschaftlichen Kontext benötigen. Dabei spielen neben den objektiven  
47 Lebensbedingungen auch die Verwirklichungschancen der Menschen eine besondere Rolle.

48

49 Zwischen den zahlreichen Wohlstandsdimensionen muss jede Gesellschaft und jeder Mensch  
50 selbst eine Entscheidung treffen. Einen einheitlichen Wohlstandsbegriff kann es deshalb nicht  
51 geben. So ist es beispielsweise möglich, dass sich Gesellschaften für geringere  
52 Konsummöglichkeiten entscheiden, um mehr der verfügbaren Ressourcen für Kultur- und  
53 Freizeitmöglichkeiten aufzuwenden.

54

55 Das über die Ausgestaltung von Wohlstand Gesellschaften und Individuen unterschiedlich  
56 entscheiden können ist jedoch keine Rechtfertigungsgrundlage für die weltweite Ungleichheit.  
57 Im Gegenteil: Bevor über Wohlstand überhaupt zu sprechen ist, müssen zunächst elementare  
58 Grundbedürfnisse der Menschen erfüllt sein. Dazu gehört Frieden, ausreichend Nahrung und  
59 Trinkwasser und die Sicherstellung der weiteren existenziellen Lebensbedürfnisse ebenso wie  
60 Meinungsfreiheit, Zugang zu Informationen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit,  
61 Geschlechtergerechtigkeit und die Abwesenheit von Diskriminierung. Diese  
62 Grundvoraussetzungen müssen garantiert sein, damit in einer Gesellschaft die Diskussion über  
63 Wohlstand und wie er aussehen soll überhaupt ernsthaft geführt werden kann.

64

65 Es ist und bleibt unser Ziel, dass der Wohlstand global gerecht verteilt wird. Armut,  
66 Perspektivlosigkeit und fehlende Freiheit zur Verwirklichung eines individuellen, glücklichen  
67 Lebens sind für uns an jedem Ort der Welt von enormer politischer Bedeutung. Globale  
68 Wohlstandsunterschiede führen zu einer gravierenden Ungerechtigkeit, die sich nicht zuletzt in  
69 Verteilungskriegen oder unfreiwilligen Migrationsbewegungen ausdrückt. Dies ist auch Folge  
70 eines Wohlstandsmodells in den Industriestaaten, das darauf beruht, sich unbegrenzt die dafür  
71 notwendigen Ressourcen anzueignen und damit anderen Menschen den Zugang zu Wohlstand  
72 zu verweigern.

73

74 Für uns Jusos lautet das Ziel, zukünftig gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die eine  
75 Umverteilung des Wohlstandes nicht mehr notwendig machen, da realer Wohlstand bereits  
76 gleichverteilt erwirtschaftet wird. Dies kann nur mit einem anderen Wirtschafts- und  
77 Gesellschaftssystem gelingen, in dem über den Ressourceneinsatz grundsätzlich demokratisch  
78 in der Gesellschaft entschieden wird.

79

## 80 Dimensionen von Wohlstand

81

82 Welche Bestandteile zur umfassenden Verwirklichung von Wohlstand gehören ist abhängig vom  
83 jeweiligen Blickwinkel und der entsprechenden Lebenswirklichkeit. Trotz dieser  
84 Kontextabhängigkeit des Begriffes lassen sich unterschiedliche Wohlstandsdimensionen  
85 ermitteln. Eine nicht abschließende Liste von betroffenen Dimensionen ist:

86

- 87 • Arbeit
- 88 • Bildung
- 89 • Erhalt der Umwelt
- 90 • individuelle und gesellschaftliche Freiheit
- 91 • Geschlechtergerechtigkeit
- 92 • Gesundheit
- 93 • Konsummöglichkeiten
- 94 • Kultur- und Freizeitmöglichkeiten
- 95 • Mobilität
- 96 • politische und gesellschaftliche Stabilität
- 97 • Wohnraum und das damit verbundene Lebensumfeld

98

99

100 Diese Aufzählung von Wohlstandsdimensionen aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive kann  
101 nicht abschließend sein, sondern benennt für uns Jusos besonders wichtige Punkte. Dabei steht

102 heute vielfach nicht mehr nur die Befriedigung von materiellen Bedürfnissen im Fokus, sondern  
103 auch Aspekte immateriellen Wohlstands. Im politischen Prozess ist es die Aufgabe der  
104 AkteurInnen, die unterschiedlichen Ziele, bei denen auch Zielkonflikte bestehen können,  
105 miteinander in Ausgleich zu bringen und allen zu einer möglichst umfassenden Wirksamkeit zu  
106 verhelfen.

107

108 Im Folgenden sollen die Dimensionen ausgeführt werden, die aus jungsozialistischer  
109 Perspektive die Grundlage für individuellen Wohlstand in gesellschaftlichem Wohlstand bilden.  
110 Dabei ist uns bewusst, dass sich unsere Wohlstandsdefinition natürlich einbetten muss in den  
111 globalen Kontext und in die Aufgabe, den Ressourcenverbrauch der Industriestaaten erheblich  
112 zu reduzieren, um allem Menschen weltweit den gleichen Zugang zu Wohlstand zu eröffnen und  
113 die natürlichen Lebensgrundlagen langfristig zu sichern.

114

#### 115 **Rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung**

116 Eine solidarische und demokratische Gesellschaftsform, in der alle Menschen die gleichen  
117 Rechte haben, ist ein grundlegender Faktor für ein Leben in Wohlstand und Gerechtigkeit. Um  
118 den Mitgliedern der Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte auch durchzusetzen,  
119 muss es einen funktionierenden, demokratischen Rechtsstaat geben. Die Demokratisierung  
120 aller Lebensbereiche ermöglicht eine solidarische Verteilung der gesellschaftlichen Güter. Nur in  
121 einer solchen Gesellschaft kann der notwendige Ausgleich zwischen solidarischem, am  
122 Gemeinwohl orientiertem Verhalten und individueller Freiheit stattfinden.

123

#### 124 **Freiheit und Sicherheit in einem ausgewogenen Verhältnis**

125 Freiheit und Sicherheit sind öffentliche Güter, deren Gewährleistung zu den wichtigsten  
126 Aufgaben eines Staates gehört und nicht zu privat gehandelter Ware verkommen dürfen. Deren  
127 Verwirklichung muss in einem ausgewogenen Verhältnis geschehen, in dem nicht zugunsten  
128 des einen Gutes das andere zu sehr eingeschränkt wird. Gleichzeitig sind Sicherheit und  
129 Freiheit keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig. Unter Sicherheit verstehen wir  
130 die Garantie, dass es zu einer Gewährleistung von Grundrechten kommt. Freiheit umfasst  
131 einerseits die formalen Freiheitsrechte wie im Wesentlichen Versammlungs-, Meinungs-,  
132 Religions- und Bewegungsfreiheit. Sie ist aber auch materiell zu verstehen, d.h. es geht nicht  
133 nur darum, Freiheitsrechte zu gewährleisten, sondern auch jeden Einzelnen/jede Einzelne in die  
134 materielle Lage zu versetzen, diese Freiheitsrechte auch zu nutzen; dies stellt Anforderungen  
135 an die verlässliche soziale Absicherung genauso wie an Zugänge bspw. zu Bildung und  
136 Information. Sicherheit bedeutet, dass niemand um seine körperliche oder geistige  
137 Unversehrtheit oder seine materiellen und sozialen Existenzgrundlagen fürchten muss und  
138 Existenzgrundlagen dauerhaft für alle gewährleistet sind. Darüber hinaus ist die soziale  
139 Sicherheit in Form der Absicherung des Lebensstandards, der über die bloße Existenzsicherung  
140 hinaus geht, davon umfasst.

141

#### 142 **Geschlechtergerechtigkeit**

143

144 Eine gerechte Gesellschaft garantiert die Gleichstellung aller Geschlechter unabhängig von  
145 ihrer sexuellen Identität und Orientierung. Dies bedeutet die Gleichstellung aller Frauen. Das  
146 heißt auch die Gleichstellung aller Transpersonen und nicht männlichen Geschlechter, die aller  
147 Homo- und Bisexuellen und Queeren. Konkret bedeutet das die Beseitigung aller Armutsrisiken,  
148 aller gläsernen Decken, aller verwehrtten Chancen – in der Erwerbsarbeit, der  
149 Reproduktionsarbeit und der Freizeitgestaltung. Gleichstellung aller Geschlechter heißt, dass  
150 alle Menschen ihr Leben frei und selbstbestimmt gestalten können und dasselbe Ergebnis  
151 erreichen. Das Patriarchat, Cis- und Heteronormativität Gesellschafts- und sämtliche  
152 Lebensverhältnisse sind eng verknüpft mit dem kapitalistischen System. Die Kernfamilie ist das  
153 Standardmodell dieser Gesellschaft. Sie sichert die Trennung der Produktion von der  
154 Reproduktion, was die Reproduktionskosten senkt. Hierdurch wird die Kapitalfraktion gestärkt  
155 und die Unterdrückung von Frauen und allen, die den Geschlechternormen nicht entsprechen,  
156 fest geschrieben – über Ausgrenzung und zu niedrige Löhne.- Wer die menschliche  
157 Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

158

#### 159 **Gesunde Umwelt**

160 Eine gesunde, sich stets regenerierende Umwelt bietet Ressourcen für jeglichen  
161 gesellschaftlichen Wohlstand. Sie schafft ein hochwertiges Lebensumfeld, in dem sich  
162 Menschen erst wohlfühlen können. Sie hat zudem auch direkten Einfluss auf die menschliche

163 Gesundheit, deren Erhalt die Kernvoraussetzung ist, um Wohlstand überhaupt erwirtschaften  
164 und schließlich genießen zu können. Die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen ist die  
165 Voraussetzung für den Wohlstand zukünftiger Generationen.

166

### 167 **Bildung als geistige Existenzgrundlage**

168 Bildung soll zur selbstbestimmten Meinungs- und Entscheidungsfindung befähigen. Basis dafür  
169 bildet eine weltweite Alphabetisierung. Grundlegende Bildung ist für uns eine Leistung, die von  
170 staatlicher Seite kostenfrei und verpflichtend zur Verfügung zu stellen ist. Nur so können  
171 Interessen, Talente und Potenziale aller Menschen gänzlich zutage treten und sich frei entfalten,  
172 z.B. in Ausübung der Berufswahlfreiheit.

173 Ohne weitergehende Bildung, die sich auch in beruflicher (Weiter-)Bildung, Hochschulbildung,  
174 Forschung und Entwicklung entfaltet, ist keine Innovation und kein Fortschritt möglich. Diese  
175 sind aber für Wohlstand von elementarer Bedeutung, weshalb keine Zugangsbarrieren dazu  
176 bestehen dürfen. Lebenslanges Lernen dient hierbei als Leitidee.

177

### 178 **Wohnraum und das damit verbundene Lebensumfeld Angemessener Wohnraum**

179 Wohnraum ist der Schutzraum des Menschen vor Umwelteinflüssen und kann Freiraum für  
180 individuelle Entfaltung sowie Rückzug bieten. Den individuellen aber auch kulturellen  
181 Bedürfnissen sowie der Bedeutung des Wohnraums als Regenerationsnotwendigkeit soll  
182 Rechnung getragen werden. Der Zugang dazu ist für alle, unabhängig vom materiellen Status,  
183 zu gewährleisten. Zu gestalten ist dabei auch das Wohnumfeld als ein wesentlicher Ort des  
184 sozialen Zusammenlebens, der Kommunikation und des Wohlergehens von Menschen.

185

### 186 **Gute Arbeit**

187 Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft nicht nur für Wertschöpfung, gesamtgesellschaftlichen  
188 Fortschritt und Wohlstand entscheidend, sondern auch das zentrale Element sozialer Teilhabe.  
189 Ihre demokratische und partizipative Ausgestaltung ist für den gesellschaftlichen Wohlstand  
190 unverzichtbar. Erwerbsarbeit muss immer in einem ausgewogenen Verhältnis zur  
191 Reproduktionsarbeit stehen. Eine gewisse Zeitsouveränität sowie Freizeitphasen sind Ausdruck  
192 von Lebensqualität.

193

### 194 **Gesundheitsversorgung**

195

196 Eine solidarische und flächendeckende Gesundheitsinfrastruktur muss dafür Sorge tragen, dass  
197 die Gesundheit der Bevölkerung erhalten bleibt und damit die Möglichkeit besteht am  
198 gesellschaftlichen Leben zu partizipieren. Die Prävention von Krankheiten steht dabei im  
199 Vordergrund. Eine gute und solidarische Gesundheitsversorgung darf weder vom  
200 wirtschaftlichen Status, noch vom Aufenthaltsstatus abhängen. Doch kann die moderne  
201 Gesundheitsinfrastruktur viele Menschen nicht heilen. Sie hat die Aufgabe, diesen sterbenden  
202 Menschen eine menschenwürdige Versorgung zu ermöglichen.

203

### 204 **Mobilität**

205 Ohne Fortbewegung sind nicht nur die individuelle Bewegungsfreiheit, sondern auch die  
206 Möglichkeiten für Austausch und Fortschritt eingeschränkt. Selbstbestimmte Fortbewegung fußt  
207 auf einem öffentlichen Personennah- und -fernverkehr sowie Rad- und Fußverkehr, schließt  
208 aber auch motorisierten Individualverkehr nicht aus. Eine flächendeckende Versorgung mit  
209 Mobilitätsangeboten für den in ein Verkehrsnetz integrierten Nahraum ist von staatlicher Seite  
210 ohne materielle Hürden zur Verfügung zu stellen.

211

### 212 **Kultur- und Freizeitmöglichkeiten**

213 Ein wichtiger Teil von Wohlstand ist für uns, dass Menschen an kulturellen Angeboten teilhaben  
214 und ihre Freizeit gestalten können. Dabei sind Angebote der sogenannten „Hochkultur“ wie der  
215 „Subkultur“ genauso notwendig wie Angebote der Soziokultur, der Begegnung, aus dem Bereich  
216 Sport etc. Alle diese Orte sind für das gesellschaftliche Miteinander unverzichtbar, damit  
217 Menschen ihren soziokulturellen Bedürfnissen nachkommen können.

218

### 219 **Konsummöglichkeiten**

220 Zur individuellen Lebensgestaltung gehört eine angemessene Auswahl an Konsummöglichkeiten,  
221 aus denen jedeR selbst nach seinen bzw. ihren Vorstellungen wählen kann. Dabei reicht die  
222 Spanne weit von Kleidung, Wohnungseinrichtungen, Essen, Getränken, Büchern, Zeitschriften,  
223 Filmen bis zu Urlaub oder technischen Geräten und Unterhaltungselektronik. Für die

224 Gesellschaft besteht der doppelte Auftrag einerseits für jedeN ein Einkommen zu gewährleisten,  
225 dass eine bedarfsgerechte Teilhabe am Konsum ermöglicht als auch Konsumgüter in  
226 ausreichender Zahl und Vielfalt zu produzieren.

227

228

### 229 **Unser Wachstumsbegriff**

230

231 Wachstum im ökonomischen Kontext wird in der Regel verstanden als Wachstum des  
232 Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder des Bruttonationaleinkommens (BNE), vereinfacht also der  
233 Waren und Dienstleistungen, die in einem Land hergestellt werden (BIP) oder des Einkommens,  
234 dass von BewohnerInnen eines Landes erzielt wurde (BNE). Auch im Folgenden wird  
235 Wachstum in diesem Sinne verwendet werden. Die in linken Kreisen teilweise vorkommenden  
236 Versuche, den Begriff des „Wachstums“ umzudefinieren auf andere Wohlstandindikatoren ist ein  
237 Versuch, die Debatte über den Wachstumsbegriff durch Umdefinition zu lösen, der in unseren  
238 Augen nicht zielführend ist.

239

240 Wichtig ist hingegen: Die Produktion bzw. das Einkommen in einem Land ist nur ein Teil des  
241 Wohlstands in einer Volkswirtschaft. Wie dargelegt gibt es zahlreiche weitere Aspekte des  
242 Wohlstands. Wenn das Wachstum niedriger ausfällt oder gar negativ ist, heißt dies daher noch  
243 nicht, dass der Wohlstand der Volkswirtschaft gesunken ist. Nur ein Beispiel: Entscheiden sich  
244 viele in der Volkswirtschaft dafür, weniger (produktiv) arbeiten zu wollen, führt dies bei  
245 konstanter Arbeitsproduktivität zu einem niedrigeren Produktionsvolumen; gleichzeitig ist aber  
246 potentiell der „Wohlstand“ derjenigen gestiegen, die jetzt weniger arbeiten.

247

248 Ähnlich wie BIP (pro Kopf) oder BNE (pro Kopf) kein alleiniger Wohlstandsindikator sein  
249 können, kann auch Wachstum kein Indikator dafür sein, ob der Wohlstand gewachsen ist. Daher  
250 sind Wachstumszahlen zumindest für sich alleine auch kein Maßstab, mit dem sich der Erfolg  
251 von Wirtschafts- und Sozialpolitik messen lässt. Möchte man dies tun, so sind weitere  
252 Indikatoren heranzuziehen, die teilweise subjektiv sein werden.

253

254 Grundsätzlich ist Wachstum also ein neutraler Begriff. Ob es positiv oder negativ zu bewerten  
255 ist, hängt davon ab, unter welchen Umständen es entsteht. Wirtschaftswachstum bietet aber die  
256 besten Chancen für die gesellschaftliche und politische Durchsetzung von Umverteilung.  
257 Deshalb halten wir Wachstum grundsätzlich für sinnvoll. Es darf aber nicht mit einem erhöhten  
258 Verbrauch natürlicher Ressourcen und der damit einhergehenden Ausbeutung von Natur und  
259 Umwelt verbunden sein.

260

### 261 **Wachstum und Ressourcenverbrauch steuern**

262

263 Ein Problem des klassischen Wachstumsbegriffs liegt darin, dass er üblicherweise nur auf die  
264 Veränderung von zwei Produktionsfaktoren, Arbeit und Kapital, abstellt. Tatsächlich gibt es mit  
265 den natürlichen Ressourcen aber noch einen dritten. Die traditionelle Wachstumspolitik, die  
266 diese nicht mit beachtet hat, hat gesellschaftliche Verteilungskämpfe durch Wachstum gelöst  
267 und dabei in Kauf genommen, die natürlichen Lebensgrundlagen immer weiter zu beschädigen.  
268 Eine solche Politik ist nicht nachhaltig und damit nicht haltbar.

269

270 Umgekehrt gilt: Wachstum ist immer dann unproblematisch, wenn es mit gesteigerter  
271 Ressourceneffizienz einhergeht. Sinkt der Bedarf an natürlichen Ressourcen für den gleichen  
272 Output, so kann der entstandene Spielraum dafür genutzt werden, zusätzlichen Output zu  
273 produzieren. Nur weil die Ressourcenproduktivität in den vergangenen Jahrhunderten  
274 dramatisch gestiegen ist, ist es überhaupt gelungen, das traditionelle Wachstumsmodell so  
275 lange aufrechtzuerhalten. Unter der Bedingung einer steigenden Ressourceneffizienz  
276 funktioniert Wachstum auch weiterhin. Allerdings ist dabei für die Industriestaaten zu beachten,  
277 dass sie derzeit die natürlichen Ressourcen massiv übernutzen, ein Teil eines weiteren Anstiegs  
278 der Ressourceneffizienz also für eine Regeneration der natürlichen Lebensgrundlagen  
279 verwendet werden muss und damit nicht für zusätzlichen Output zur Verfügung steht.

280

281 Daher muss zur Steuerung des Wachstums der maximal zulässige Ressourcenverbrauch  
282 vorgegeben werden. Dabei ist ein Pfad zu schaffen, der die derzeitige Übernutzung der  
283 Ressourcen über einen längeren Zeitraum auf das Niveau abbaut, in dem sich die Ressourcen  
284 regenerieren. Die Industriestaaten müssen ihren Ressourcenverbrauch stark reduzieren, um

285 den so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern Wachstumsmöglichkeiten zu eröffnen.  
286 Als Instrument soll vorrangig auf Verbrauchsvorgaben u.ä. gesetzt werden. Eine Verteuerung  
287 der Ressourcennutzung kommt nur dann in Frage, wenn das Ziel mit anderen Instrumenten  
288 nicht sinnvoll zu erreichen ist.

289

290 Gibt es Wachstumsspielräume durch eine steigende Ressourceneffizienz, so ist es eine Frage  
291 der gesellschaftlichen Zielvorstellungen, wie das dann grundsätzlich vorhandene  
292 Wachstumspotential genutzt wird. Es kann dann für zusätzlichen Output verwendet werden,  
293 aber auch für die Erhöhung weiterer Faktoren des gesellschaftlichen Wohlstands. Wofür, hängt  
294 dabei von gesellschaftlichen Mehrheits- und damit Machtverhältnissen ab.

295

### 296 **Produktivitätszuwächse für gesellschaftlichen Fortschritt nutzen**

297

298 Sozialdemokratische Politik hat in den vergangenen Jahren deshalb so stark auf Wachstum  
299 gesetzt, weil dies grundsätzlich gesellschaftliche Verteilungskämpfe im Kapitalismus erleichtert.  
300 Durch Wachstum besteht die Möglichkeit den entstehenden Überschuss gerechter zu verteilen.  
301 Dies bedeutet für uns auch, dass der strukturellen Benachteiligung von Frauen entgegengewirkt  
302 werden muss.

303

304 Der Kapitalismus ist darauf angewiesen, dass Kapital fortlaufend Rendite abwirft, die durch  
305 Wiederanlage den Kapitalbestand vergrößert. In einer Welt ohne Produktivitätszuwächse ist  
306 eine konstante Rendite dabei nur möglich, wenn die Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit  
307 sinken würde. Dieser Druck wird verringert, wenn es Wachstum entweder über  
308 Produktivitätszuwächse gibt oder darüber, dass bei steigendem Kapitaleinsatz der  
309 Arbeitsumfang konstant gehalten wird. Würde der gestiegene Kapital- durch einen geringeren  
310 Arbeitseinsatz kompensiert, würde bei konstanten Stundenlöhnen die Kapitalrendite tendenziell  
311 sinken.

312

313 Produktivitätszuwächse schaffen bei steigendem Kapitalbestand einen zusätzlichen Anstieg des  
314 Outputs, der die Kapitalrendite tendenziell erhöht; umgekehrt sinkt der Druck auf die Löhne, weil  
315 das insgesamt zu verteilende Einkommen größer wird. Dabei ist es eine Frage der  
316 gesellschaftlichen Machtverhältnisse, wie der Produktivitätszuwachs zwischen Arbeit und  
317 Kapital verteilt wird. Es hat durchaus längere Phasen vor allem in der europäischen  
318 Wirtschaftsgeschichte gegeben, in denen große Teile des durch Produktivitätswachstum  
319 erzielten Zuwachses an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verteilt worden ist, dabei nicht  
320 unerheblich in Form von Arbeitszeitverkürzung mit (teilweisem) Lohnausgleich (Einführung der  
321 5-Tage-Woche, Ausbau des Jahresurlaubs etc.). Damit verbunden war aber, vor allem in der  
322 ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, auch die Verdrängung von Frauen aus der Erwerbsarbeit.

323

324 In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Machtverhältnisse deutlich zugunsten des  
325 Kapitals verschoben; die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am erzielten Wachstum ist  
326 zunehmend geringer ausgefallen. Tendenziell ist gleichzeitig das Arbeitsvolumen konstant  
327 geblieben, allerdings einerseits durch Teilzeitarbeit insbesondere von Frauen und andererseits  
328 Arbeitslosigkeit ungleicher verteilt worden.

329

330 Ein Verteilungskonflikt tritt insbesondere dann auf, wenn ein relativ hoher  
331 Produktivitätsfortschritt auf einen schwachen Fortschritt der Ressourceneffizienz trifft. Ist der  
332 Fortschritt der Ressourceneffizienz Null, besteht kein nachhaltiger Wachstumsspielraum. Gibt  
333 es dann einen Produktivitätsfortschritt, heißt das, dass zwingend der Einsatz mindestens eines  
334 der Produktionsfaktoren Arbeit oder Kapital reduziert werden muss und zwar ohne finanziellen  
335 Ausgleich. Dies schafft erhebliche gesellschaftliche Konfliktpotentiale sowohl zwischen Arbeit  
336 und Kapital als auch innerhalb des Faktors Arbeit, wenn dieser zurückgefahren wird – denn  
337 dann stellt sich die Frage, ob dies über eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung erfolgen soll, über  
338 Arbeitslosigkeit einiger Personen oder erneut über die Verdrängung von Frauen aus der  
339 Erwerbsarbeit. Für uns kommt dabei nur die erste Alternative in Frage.

340

341 Allerdings sollte die Begrenzung des Wachstumspotentials durch die Ressourceneffizienz auch  
342 kein Grund zu Wachstumspessimismus sein. Die Wirtschaftsgeschichte hat gezeigt, dass es ein  
343 erstaunliches Innovationspotential dahingehend gibt, die Ressourceneffizienz zu steigern –  
344 teilweise sogar so, dass diese Steigerung selbst Wachstumseffekte auslöst, wie z.B. bei der  
345 Energiewende. Notwendig ist dafür allerdings ein Anreizsystem, das Innovationspotentiale bei

346 der Ressourceneffizienz hebt. Dies setzt klare rechtliche Regelungen voraus, die den  
347 Ressourcenverbrauch begrenzen und damit gerade in einem kapitalistischen System Anreize  
348 setzen, sich des dadurch ausgelösten Drucks durch eine bessere Ausnutzung dieses  
349 maximalen Ressourcenpotentials zu entledigen.

350

351 Zusätzlich ist dabei zu beachten, dass innerhalb des kapitalistischen Systems dies nur dann  
352 ohne massive negative gesellschaftliche Folgewirkungen funktioniert, wenn gleichzeitig  
353 verhindert wird, dass der Druck durch die Beschränkung des Ressourcenverbrauchs statt in die  
354 Innovation auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgelenkt wird. Dann würde es statt zu  
355 einem effizienteren Ressourceneinsatz zu sinkenden Löhnen und damit zu einer Abwärtsspirale  
356 kommen, weil die sinkenden Löhne ihrerseits einen Rückgang des Konsums und dann der  
357 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zur Folge hätten, die dann wiederum den Druck auf das  
358 Kapital, weitere Renditepotenziale zu erschließen, verschärft. Daher kann nachhaltiges  
359 Wachstum mit einer Begrenzung des Ressourcenverbrauchs nur funktionieren, wenn innerhalb  
360 des Kapitalismus das Machtverhältnis erheblich zugunsten der Arbeitnehmerinnen und  
361 Arbeitnehmer verschoben wird – oder wenn der Kapitalismus durch ein System abgelöst wird,  
362 das die Verwendung des Produktionsfaktors Kapital unter gesellschaftliche Kontrolle stellt.

363

364

### 365 **Globale Nachhaltigkeit und globales Wachstum**

366

367 In der heute vorherrschenden, weltweiten Verteilung von Ressourcen, Produktionsfaktoren und  
368 Entwicklungspotentialen lassen sich massive Ungleichgewichte zwischen den zumeist  
369 westlichen Industrienationen und sog. Entwicklungsländern feststellen. Während bei einigen  
370 wenigen Ländern die Produktion von Waren in den letzten Jahrhunderten massiv zugenommen  
371 und zu steigendem Wohlstand geführt hat, stagniert demgegenüber in anderen Ländern das  
372 Produktivitäts- und Wohlstandsniveau. Technischer Fortschritt, insbesondere in den bereits  
373 weiter entwickelten Ländern, hat diesen Zustand und die damit verbundene Ungleichheit noch  
374 einmal verschärft. Produktivitätssteigerung ist, insbesondere in aufstrebenden  
375 Industrienationen, noch immer mit einem steigenden Ressourcenverbrauch und einer  
376 steigenden Ausbeutung von Umwelt und Natur verbunden.

377

378 Dabei hat die Umweltzerstörung bereits heute ein kritisches Level erreicht. Das Phänomen der  
379 globalen Erwärmung, sowie die Verschmutzung von Umwelt und Natur sind Tatsachen, die sich  
380 nicht wegdiskutieren lassen. Trotzdem sehen wir keinerlei Legitimation für eine globale  
381 Ungleichverteilung von Wohlstand. Unser Ziel und unsere Aufgabe muss es sein, allen Länder -  
382 ohne jede Einschränkung - die Entwicklung eines vergleichbaren Wohlstandsniveau zu  
383 ermöglichen. Dafür sehen wir die Verantwortung vor allem bei den bereits entwickelten Staaten,  
384 die ihr weiteres Wachstum nicht nur vom Ressourcenverbrauch entkoppeln, sondern diesen  
385 auch reduzieren müssen. Darüber hinaus ist es ihre Pflicht, mit Technologietransfers materielles  
386 Wachstum ohne zusätzlichen Ressourcenverbrauch in den sog. Entwicklungsländern zu  
387 ermöglichen. Steigerungen der Produktivität dürfen nicht mehr mit einer Steigerung der  
388 Ausbeutung von Natur und Umwelt einhergehen. Vielmehr ist es notwendig, dass sowohl  
389 entwickelte, als auch sich in der Entwicklung befindliche Staaten den Weg der nachhaltigen  
390 Produktivitätssteigerung beschreiten.

391

### 392 **Für uns ist Nachhaltigkeit sozialer Fortschritt plus Umweltverträglichkeit**

393

394

395 Wir definieren Nachhaltigkeit als das Festhalten an fortschrittlicher gesellschaftlicher  
396 Veränderung – inklusive der Steigerung der sozialen Teilhabe – bei gleichzeitiger Rückführung  
397 des Ressourcenverbrauchs (bis zum Ziel der vollständigen Einspeisung in Wertstoffkreisläufe)  
398 und einer langfristig ausgelegten Wirtschaft, welche die erstgenannten Faktoren vereint. In  
399 anderen Worten: Für uns sind gesellschaftliche Produktionsprozesse, die zu mehr  
400 gesellschaftlichem Reichtum und neuen technischen Möglichkeiten führen, nur dann nachhaltig,  
401 wenn sie ihre möglichen sozialen und ökologischen Folgeprobleme („Kosten“) internalisieren  
402 und lösen können. Wenn gesellschaftliche Produktionsverhältnisse nicht in diesem Sinne  
403 nachhaltig sind, müssen sie für uns überwunden oder reformiert werden.

404

405

406 Wie die Analyse aus sozialer Sicht zeigt, hat das bisherige kapitalistische Wachstum – mit

407 derzeit neoliberalen Antlitz – für ein Auseinanderklaffen des gesellschaftlichen Wohlstands und  
408 große Armut gesorgt. Wir sagen hier: Schritte in Richtung Nachhaltigkeit kann es im  
409 Kapitalismus nur geben, wenn den ureigenen Eigenschaften dieses Systems entgegengewirkt  
410 wird, also wenn der Kapitalakkumulation bei den Besitzenden entgegengesteuert wird.

411

412

413 Gleiches gilt aus ökologischer Sicht: Die Steigerung von Produktionsergebnissen erfolgt in einer  
414 rein kapitalistischen Ordnung auf Kosten der Natur, deren Rohstoffe verschwendet werden. Im  
415 Gegensatz dazu streben wir eine nachhaltige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung an, in der  
416 keine negativen Folgeprobleme für Mensch und Umwelt auftreten. Das heißt im Endeffekt, dass  
417 keine Waren und Güter produziert werden dürfen, deren Folge- oder Weiterverwendung nicht  
418 geklärt ist. Mittelfristig folgt hieraus, dass CO<sup>2</sup>- und andere Treibhausgase – genauso wie  
419 Plastikverpackungen – im Produktionsprozess nur noch entstehen sollen, wenn sie  
420 weiterverwendet werden und nicht fahrlässig dem globalen Ökosystem überlassen werden.  
421 Dabei ist im Falle von Produkten und Stoffen am Ende der Wiederverwertungskette auch eine  
422 energetische Nutzung in Betracht zu ziehen.

423

424

425 Unsere Nachhaltigkeit kann es nur mit demokratiekonformen Märkten und starker öffentlicher  
426 Daseinsvorsorge geben. Märkte müssen in ihren Ergebnissen gesellschaftlichen und  
427 ökologischen Zielen dienen. Allgemein heißt das: Die gesellschaftliche und ökologische  
428 Fortentwicklung darf von Märkten nicht gefährdet werden.

429

430

431 **Wir setzen auf nachhaltiges Wachstum: als Synthese von sozialem und ökologischem**  
432 **Wachstum**

433

434

435 Wie in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 20 Jahren schon geschehen, lässt sich  
436 wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch abkoppeln. An diese Entwicklung gilt es  
437 aus ökologischer Sicht anzuschließen. Gleichzeitig hat die soziale Ungleichheit in unserer  
438 Gesellschaft stark zugenommen. Diese Entwicklung ist nicht akzeptabel.

439

440

441 Für uns stehen soziale und ökologische Missstände in einem starken Zusammenhang. Denn in  
442 der Bekämpfung von Beidem – der wachsenden sozialen Ungleichheit und der ökologischen  
443 Selbstgefährdung der Gesellschaft – sehen wir die zentralen politischen Herausforderungen  
444 unserer Zeit. Fortschritt – als eine Verbesserung dieser Missstände – kann es für uns nur  
445 geben, wenn Wachstum immer gleichzeitig sozialen und ökologischen Zielen dient.

446

447

448 *I. Soziales Wachstum*

449

450

451 Die Globalisierung hat die Märkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen spätestens seit 1990  
452 begünstigt. Allerdings führten diese größeren Möglichkeiten auch zu einer wachsenden  
453 Ungleichheit: Das Einkommen wurde immer ungleicher verteilt; Verteilungsmächte stehen im  
454 globalen Wettbewerb von Steuermächten und Produktionsstandorten, Arbeitskräfte können  
455 günstiger beschafft werden. Des Weiteren ist deutlich geworden, dass deregulierte  
456 Finanzmärkte sehr krisenanfällig sind.

457

458

459 Aus sozialer Sicht ist eine Verbesserung des ArbeitnehmerInnenschutzes unumgänglich. Auch  
460 wenn die Arbeitslosigkeit in der BRD im europäischen Vergleich gering ist, sank die Zahl der  
461 geleisteten Arbeitsstunden durch den Abbau von Arbeitszeitkonten sowie durch Kurzarbeit.  
462 Auch bei uns sind es wenige Menschen, die vom bestehenden Wachstumsmodellen profitieren.  
463 Deswegen benötigen wir eine Alternative zum aktuellen marktgesteuerten Wachstum.

464

465

466 Unser gesellschaftlicher Bedarf definiert sich nicht durch Kapitalerträge, sondern durch soziale  
467 Belange. Das Recht auf Gute Arbeit und die Teilhabe an dem gesellschaftlichen Wohlstand sind

468 unsere Kernforderungen für soziales Wachstum. Unsere Forderungen umfassen daher unter  
469 anderem:

470

471 • eine verringerte Wochenarbeitszeit,

472

473 • mehr gesetzlichen und tariflichen Urlaub,

474

475 • einen geschützten Lebensabend für Alle,

476

477 • Steigerung öffentlicher Daseinsvorsorge zur gesellschaftlichen Umverteilung

478

479 • eine komplette Neuorganisation von Arbeit und ein anderes Verständnis von dem, was wir  
480 unter Arbeit verstehen

481

482 • einen Anstieg der Bezahlung für Arbeitnehmer\*innen.

483

484

485 Gute Arbeit

486

487

488 Fairer Lohn und die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf sind für uns unabdingbar. Eine  
489 weitere Kernforderung ist die Förderung des Mitbestimmungsrechts in Betrieben.

490 Vollbeschäftigung geht mit dieser Forderung einher.

491

492

493 Soziale Produktivität

494

495

496 Die Steigerung der Produktion darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen  
497 werden (durch Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung etc.). Soziale Produktion ist die  
498 Alternative. Sie erhöht den gesellschaftlichen Wohlstand und richtet sich an dem realen Bedarf  
499 der Gesellschaft. Die Qualifizierung, Mitbestimmung und Teilhabe von MitarbeiterInnen bieten  
500 hier Lösungswege. Die Rationalisierung von Material- und Energiekosten (durch  
501 Wiederverwertungssysteme, geringen Energieverbrauch etc.) bieten weitere Ansatzpunkte.

502

503

504 *Investitionen durch die öffentliche Hand*

505

506

507 Soziale Investitionen schaffen Arbeitsplätze, steigern das Wachstum und die Produktivität – ein  
508 positiver Kreislauf entsteht. Unter Sozialen Investitionen verstehen wir nicht nur die Schaffung  
509 oder Instandhaltung von Infrastruktur, sondern auch die Investition in Bildung, Forschung und  
510 Gesundheit. Soziale Investitionen sind der Kern des Sozialen Wachstums, sie ermöglichen  
511 langfristig die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand.

512

513

514 *Öffentliche Investitionen und strukturelle Defizite*

515

516

517 Wenn der Staat für Bildung, Infrastruktur, Forschung, medizinische Versorgung und  
518 gesellschaftliche Daseinsvorsorge mehr Geld in die Hand nimmt, als er aktuell einnimmt, dann  
519 zahlt sich diese Investition zukünftig aus. Eine hochwertige, nutzenorientierte Steuerung  
520 öffentlicher Ausgabenpolitik ist hierfür natürlich eine zentrale Voraussetzung. Wenn diese  
521 Bedingung erfüllt ist, wird durch Zukunftsinvestitionen ein Mehrwert geschaffen, der die  
522 Lebensbedingungen verbessert und sich auch finanziell auszahlt – weil nach Abzug der Kredite  
523 mehr öffentlicher Bilanzwert vorhanden ist. Eine solche zukunftsorientierte Ausgabenpolitik wird  
524 durch Schuldenbremsen, die Ideologie der „schwarzen Null“ und Niedrigsteuern für  
525 TopverdienerInnen sowie ErbInnen behindert.

526

527

528 Was wir nicht wollen, ist, dass der Staat sein Geld ‚blind‘ zum Fenster herauswirft. Falsche

529 Subventionen (z.B. in Form von Steuervergünstigungen) für sozial- und umweltschädliche  
530 Prozesse (wie Dienstwagen etc.) lehnen wir ab. Auch wollen wir keinen Staat, der durch seine  
531 Pflichtaufgaben schon so überlastet ist, dass er dafür Schulden aufnehmen muss. Solche  
532 strukturellen Defizite öffentlicher Haushalte finden ihren Ursprung vor allem darin, dass  
533 gesellschaftliche Lasten nicht gerecht verteilt sind; also aktuell dadurch, dass Vermögende und  
534 TopverdienerInnen einen unzureichenden Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

535

536

537 *II. Ökologisches Wachstum*

538

539

540 Ökologisches Wachstum muss alle Industrie- und Wirtschaftszweige erfassen. Betriebe werde  
541 sich immer häufiger ihrer Verantwortung bewusst und versuchen, umweltschonend und  
542 sozialverantwortungsvoll zu produzieren. Sei es durch Labeling, wie „cradle to cradle“ oder  
543 FairTrade, oder durch eigene Corporate Social Responsibility-Programme (CSR), die ernst  
544 gemeint sind und mehr darstellen als Greenwashing sind.

545

546

547 *Energiewende vorantreiben*

548

549

550 Ein wichtiger Bestandteil eines nachhaltigen Wachstums ist die Förderung der Energiewende.  
551 Viele Technologien stecken noch in ihren Kinderschuhen und bedürfen einer weiteren Investition  
552 und Forschung. Viele kleine Genossenschaften und Gruppierungen profitierten von der  
553 Ausgestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetz. Bei der aktuellen Fassung existiert aber  
554 Nachholbedarf. Die Energiewende ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt.

555

556

557 *Geplante Obsoleszenz stoppen*

558

559

560 Durch ein gesetzliches Verbot und effektive Rücknahmepflicht für HändlerInnen und  
561 HerstellerInnen muss geplante Obsoleszenz gestoppt werden. Der Hintergrund ist folgender:  
562 Um einen höheren Absatz von Produkten und eine künstliche Nachfrage zu generieren, wird  
563 bisher innerhalb der Herstellung und der Vermarktung auf eine geplante Obsoleszenz gesetzt.  
564 Das heißt, dass Produkte absichtlich mit einer geringeren Lebensdauer produziert werden.  
565 KundInnen sollen so immer neuere Modelle des Produktes kaufen, da ihre alten Geräte den  
566 Geist aufgegeben haben. Eine Folge davon ist, dass vor allem Elektronikartikel, wie Handys,  
567 Smartphones, Computer oder Drucker technisch schnell verschleißen, wodurch unnötiger  
568 Elektroschrott produziert wird, welcher zur Zeit unzureichend wiederverwertet wird.

569

570

571 *Effektivität und Effizienz: Wandel geht nicht ohne schöpferische Zerstörung*

572

573

574 Effizienz alleine reicht nicht: Es ist notwendig, aber zu wenig, schädliche Vorgänge zu  
575 optimieren – indem man z.B. den Wirkungsgrad eines Verbrennungsmotors steigert. Viel mehr  
576 brauchen wir eine schöpferische Zerstörung und Effektivität: Also die Schaffung von neuen  
577 Strukturen, die keine Schadstoffe mehr entstehen lassen – indem Energien vollständig  
578 erneuerbar produziert werden und alle Produktionsprozesse vollständig in lückenlose  
579 Wertstoffkreisläufe eingebunden sind.

580

581

582 *Mindestanforderungen für ökologisches Wachstum*

583

584

585 Das ökologisches Wachstum muss vereinbar sein mit den Leitplanken des wissenschaftlichen  
586 Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Der WBGU macht es zur  
587 Bedingung, die Erderwärmung auf 2°C begrenzen, der Versauerung der Meere  
588 entgegenzuwirken (pH-Wert  $\Delta$  0,2 Einheiten) – u.a. durch die Abkehr von fossilen und atomaren  
589 Energiequellen bis zum Jahr 2070. Auch muss der Verlust der Biodiversität und Land- und

590 Bodendegradation gestoppt werden. Gestoppt werden muss die Nutzung von Quecksilber, die  
591 Freisetzung von Plastikabfällen sowie die Verwendung von nicht rückgewinnbarem Phosphor.  
592 An diesen Mindestanforderungen müssen sich alle gesellschaftlichen Prozesse messen lassen.  
593  
594

### 595 *III. Nachhaltiges Wachstum*

596

597

598 Für uns kann ein nachhaltiges Wachstum nur als Synthese aus ökologischen und sozialen  
599 Wachstum existieren. Eine in die Zukunft gerichtete Gesellschaft und Ökonomie kann nur unter  
600 diesen beschriebenen Bedingungen existieren und wachsen. Auf diese Art und Weise ist es  
601 möglich Wohlstand zu erzeugen und zu erhalten.

602

603

604

605 Aktuell werden in Schwellen- und Entwicklungsländern ganze Bevölkerungsschichten von  
606 Wachstum und Wohlstand ausgeschlossen und die soziale Ungleichheit wird trotz eines  
607 Rückgangs der Armut nicht geringer. Damit alle Menschen von Wachstum und Wohlstand  
608 profitieren können, müssen auch die notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen  
609 geschaffen werden. Besonders Weltbank und IWF bedürfen Reformen ihrer Funktionsweise.  
610 Zudem bedarf es einer Neuordnung des globalen Finanzmarktes. Statt der Strategie des  
611 neoliberalen Kapitalismus weiter zu folgen, brauchen wir eine Abkehr von steigenden  
612 Profitraten, der Finanzialisierung der Rohstoffmärkte und einer vom gesamtgesellschaftlichem  
613 Wohlstand entkoppelten Profitrate für eine nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft.

614

#### 615 **Unsere Vision einer nachhaltigen Weltbank**

616

617 Die Weltbank, welche nach dem Ende des zweiten Weltkrieges von der internationalen  
618 Gemeinschaft gegründet wurde, um den zerstörten Ländern eine wirtschaftliche Entwicklung zu  
619 ermöglichen, steht schon seit längerem in der Kritik aufgrund ihrer mageren Bilanz im Kampf  
620 gegen Armut. Diese magere Bilanz ist aber nicht verwunderlich, da Kredite von Anfang an an  
621 neoliberale Reformagenden geknüpft waren und sich diese Konditionalisierung der Darlehen  
622 immer weiter verfestigte. Durch so genannten Strukturanpassungsprogramme wurden die  
623 "Entwicklungsländer" gezwungen, neoliberale Reformen und Liberalisierungen durchzuführen.  
624 So werden gigantische Infrastrukturprojekte ohne Rücksicht auf Umweltschäden finanziert,  
625 Privatisierungen und Cash Crops forciert. Im Gegensatz zum eigentlichen Auftrag der Weltbank  
626 hatten diese Maßnahmen eine Verschlimmerung von Armut und wirtschaftlicher Abhängigkeit  
627 zur Folge. Inzwischen werden daher Poverty Reduction Strategy Papers verfolgt. Auch Fragen  
628 der Nachhaltigkeit sollen in die Entscheidung über die Gewährung von Krediten einfließen.  
629 Allerdings fällt die Nachhaltigkeit von Projekten nach wie vor finanziellen Erwägungen und  
630 neoliberal motivierten Anforderungen zum Opfer. Die Weltbank muss, will sie Armut wirksam  
631 bekämpfen, Staaten, welche sich in der Entwicklung befinden ein umweltschonendes  
632 Wachstum ermöglichen, welches jedoch zeitgleich die Geschwindigkeit des  
633 Produktivitätswachstums nicht übermäßig beeinträchtigt und dieses in Wohlstand für alle  
634 umwandelt. Gerade Projekte bei denen umweltschonende Technologien eingesetzt werden  
635 müssen forciert und geeignete Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards für alle Projekte etabliert  
636 werden. Allerdings dürfen die Kosten für diese Weitergabe von umweltschonender Technologie  
637 nicht zulasten der Länder gehen, die sich in der Entwicklung befinden. Gefördert werden  
638 müssen Projekte, denen ein umweltschonendes Wachstumsmodell zugrunde liegt und in deren  
639 Rahmen die Steigerung der Produktivität in den betroffenen Ländern nicht übermäßig  
640 beeinträchtigt wird. Künftige Kredite der Weltbank sowie deren Erlass sollen deshalb die  
641 Achtung von Menschenrechten – auch der sozialen – und die Förderung von Nachhaltigkeit  
642 anstatt neoliberaler Reformen zur Bedingung haben. Die NachhaltigkeitsexpertInnen der  
643 Weltbank sollen ein Vetorecht für Projekte, die diese Kriterien verletzen, besitzen. Dabei ist uns  
644 wichtig, dass die Programme nicht, wie derzeit oftmals, der Erwirtschaftung von Rendite,  
645 sondern der Förderung und dem Aufbau der lokalen Wirtschaft dienen.

646

#### 647 **Neuordnung des globalen Finanzmarktes für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand**

648

649 Seit den 1980er Jahren kam es zu mehreren schweren Krisen des globalen Währungssystems.  
650 In Mexiko, Süd-Ost-Asien, Argentinien, Russland und auch während der Eurokrise wurden

651 durch ein dysfunktionales Währungssystem die Gründe für die Krisen erst geschaffen oder  
652 zumindest begünstigt und mit Eintritt der Krise verlängerten und vertieften die gleichen Faktoren  
653 jene Krisen. Die Krisenhaftigkeit des globalen Finanzmarkts und seine strukturellen  
654 Ungleichgewichte sind ein massives Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung, die Angleichung  
655 von Wohlstandsniveaus und die Etablierung von Nachhaltigkeitsstrategien. Dem kann nur mit  
656 grundlegenden Reformen entgegengewirkt werden.

657

#### 658 **IWF-Reform für nachhaltiges Wachstum**

659

660 Anpassungen der Stimmverteilungen im IWF wurden in der Vergangenheit mehrfach  
661 vorgenommen. Dennoch sind die alten Industrienationen weiterhin überrepräsentiert. Dies  
662 resultiert in Policy-Empfehlungen, die den Volkswirtschaften in anderen Regionen der Welt nicht  
663 gerecht werden. Eine Anpassung der Stimmverteilung hin zu einer gerechteren Repräsentation  
664 ist notwendig.

665

666 Die Programme des IWF waren und sind stets verknüpft mit Konditionalitäten, d.h. bestimmte  
667 Bedingungen müssen von den unterstützten Ländern erfüllt werden, damit Kredite fließen  
668 können. Bei diesen Bedingungen handelte es sich oftmals um neoliberale Reformvorgaben für  
669 Privatisierungen, neoklassische Austeritätspolitik sowie Vorgaben zur Öffnung der Märkte  
670 gegenüber Produkten aus den bereits etablierten Industrienationen. Diese Marktöffnungen  
671 zerstörten allzu oft die Grundlage lokaler Produzenten. Die Policy-Empfehlungen des IWF sind  
672 weiterhin zu stark auf solche sog. "Strukturreformen" ausgerichtet. Die Empfehlungen basieren  
673 zu oft auf falschen oder unausgewogenen makroökonomischen Annahmen. Eine  
674 Neuformulierung von Zielstellungen muss sich an Nachhaltigkeit, nachhaltigem Wachstum und  
675 der Verringerung von Ungleichheit orientieren und antizyklische Investitionsimpulse endlich als  
676 probates Mittel zur Intervention in ökonomischen Krisenphasen anerkennen. Zugleich könnten  
677 Szenarios mit alternativen Konditionalitätsmodellen eine bessere Passgenauigkeit für Länder  
678 ermöglichen, die der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bedürfen. Diese Modelle  
679 sollten nicht vorrangig auf die Unterstützung durch den IWF bauen, sondern insbesondere die  
680 Optionen regionaler Währungsfonds in den Vordergrund stellen.

681

#### 682 **Regionale Währungsfonds für emanzipierte Entwicklung nutzen**

683

684 Regionale Währungsfonds als Alternative oder vorrangige Ergänzung zum IWF-System können  
685 nicht nur in der Wahl von Instrumenten und Policy-Empfehlungen den nicht-westlichen  
686 Ökonomien gerecht werden, sondern auch Legitimitätsprobleme beheben. Dies gilt  
687 insbesondere in Lateinamerika und Afrika, wo die Skepsis gegenüber dem IWF - auch aufgrund  
688 tatsächlicher schlechter Erfahrungen - besonders hoch ist. Die Rolle des IWF als Lender of Last  
689 Resort (Kreditgeber letzter Instanz) ist weiterhin notwendig, regionale Zusammenschlüsse  
690 sollten aber dazu ermutigt werden, sich frei von diesem Konstrukt zu machen.

691 Lateinamerikanische Länder haben sich bereits im Rahmen regionaler Kooperation und der  
692 Banco del Sur für ein no-conditionality-Modell der Kreditvergabe entschieden. Dabei werden im  
693 Format eines regionalen Währungsfonds Kredite ohne Bedingungen an die einzahlenden  
694 Mitglieder ermöglicht. Dieser Schritt ist auch eine Reaktion in Ablehnung der IWF-Programme  
695 mit ihren in der Vergangenheit allzu oft neoliberalen Charakter. Als weitere Alternative zu den  
696 bisherigen problematischen IWF-Programmen befürworten wir ex-ante-Konditionalitäten (d.h. im  
697 Voraus definierte Auflagen, bei deren Einhaltung im Krisenfall ohne weitere Bedingungen Geld  
698 zur Verfügung gestellt wird). Diese dürfen keinen neoliberalen Charakter haben oder  
699 Austeritätspolitik beinhalten, sondern sich an Investitionen in Nachhaltigkeit orientieren.  
700 Nachhaltigkeit ist dabei sowohl im Sinne der nachhaltigen Nutzung von Ressourcen, als auch  
701 im Sinne von wirtschaftlicher Nachhaltigkeit gemeint. Erfüllt ein Land diese Bedingungen in den  
702 Vorjahren einer finanziellen/wirtschaftlichen Notlage, so ist ein IWF-Kredit in diesem Modell  
703 ohne zusätzliche Auflagen zu gewähren.

704

#### 705 **Bancor als Reformoption**

706

707 Das internationale Währungssystem nach Ende des Systems fester Wechselkurse, welche an  
708 den US-Dollar als Leitwährung gekoppelt waren (Bretton-Woods), ist auf ganzer Linie darin  
709 gescheitert das einzulösen, was ein "freier Markt" für Devisen versprach. Angebot und  
710 Nachfrage führten nicht zu Wechselkursen, die langfristig ausgeglichene Leistungsbilanzen  
711 bedeuteten. Tatsächlich verzeichneten einige Staaten dauerhafte Exportüberschüsse,

712 verbunden mit steigenden Forderungen gegenüber dem Ausland und spiegelbildlich andere  
713 Staaten, deren Auslandsverschuldung durch Importüberschüsse über Jahre hinweg stieg. Diese  
714 außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind hochproblematisch und ein Hindernis für globalen  
715 Wohlstand.

716

717 Die steigende Bedeutung des Finanzsektors schuf zusätzliche und neuartige Probleme wie  
718 spekulativen Währungshandel (sog. „Carry Trade“). Dabei leihen sich spekulationsgetriebene  
719 AkteurlInnen in den Währungsräumen Geld, in denen die Zinsen aufgrund schwacher  
720 Konjunktur niedrig sind und die Zentralbanken durch die Niedrigzinspolitik die Investitionen und  
721 den Konsum stärken wollten. Dieses Geld setzten sie jedoch nicht dort ein, sondern tauschten  
722 es gegen Anlagen in anderen Ländern mit höherem Zinsniveau und guter Konjunktur. Dies führt  
723 zur tendenziellen Abwertung der Währung der Niedrigkonjunkturländer und einer Aufwertung  
724 der Währung der Hochkonjunkturländer und erhöht somit den Spekulationsgewinn durch  
725 Wechselkursgewinne. Dies ist nur ein Beispiel für eine Blasenbildung durch die „freien“  
726 Wechselkurse. Hinzu kommen insbesondere bei kleinen Volkswirtschaften starke  
727 Wechselkursschwankungen bei flexiblen oder spekulative Angriffe bei festen Wechselkursen.

728

729 Sowohl der Devisenmarkt als auch der internationale Handel folgten somit nicht den  
730 neoklassischen Vorhersagen, sondern entwickelten sich krisenhaft und schädlich für die  
731 Weltwirtschaft. Diese Krisen waren keine Unfälle, sondern systembedingt und trafen weltweit  
732 vor allem die armen Länder und Schichten. Dieses gescheiterte Währungssystem muss durch  
733 ein krisenfestes und gerechtes Währungssystem ersetzt werden.

734 Eine mögliche Option, um die Funktionsweise des internationalen Währungssystem auf eine  
735 neue Grundlage zu stellen, ist für uns die Einführung eines „Bancor“, anknüpfend an Ideen von  
736 Keynes und aufgegriffen sogar vom IWF im Jahr 2009. Der Welthandel würde dabei über die  
737 Verrechnung einer Kunstwährung („Bancor“) betrieben. Die Staatengemeinschaft legt  
738 Wechselkurse gegenüber dem Bancor sowie „natürliche“ Export- und Importüberschüsse  
739 gemeinsam fest. Diese „natürlichen“ Überschüsse können z.B. anhand des Levels von Export-  
740 und Importüberschüsse in den letzten 10 Jahren und in Relation zum BIP definiert werden. Im  
741 Bancor-System führen Exportüberschüsse zu Bancor-Guthaben, Importüberschüsse zu  
742 Defiziten. Überschreiten die Guthaben bzw. Defizite an den natürlichen Überschüssen  
743 gemessene Grenzen, werden Strafzinsen fällig. Die Einnahmen fließen in die Aufgaben der  
744 internationalen Gemeinschaft.

745

#### 746 **Wohlstandmehrung und Nachhaltigkeit in Einklang bringen**

747

748 Als JungsozialistInnen stehen wir zu unserer Überzeugung, dass alles Wirtschaften im Dienste  
749 des Menschen stehen muss. Statt der Maximierung von Profitraten und der Generierung von  
750 Wirtschaftswachstum um jeden Preis muss deshalb die Erzeugung von Wohlstand Richtschnur  
751 unseres ökonomischen Handelns sein. Um die mannigfaltigen menschlichen und  
752 gesellschaftlichen Bedürfnisse zum Zweck der Ökonomie zu machen halten wir es für  
753 unabdingbar, die Entscheidung über den Einsatz von Produktionsmitteln und Ressourcen unter  
754 demokratische Kontrolle zu stellen. Auch unabhängig davon ist es notwendig, die synonyme  
755 Verwendung von Wirtschaftswachstum und Wohlstandssteigerung zu durchbrechen und  
756 politisches Handeln an einem breiten Set von Wohlstandsindikatoren statt am BIP-Wachstum zu  
757 orientieren. Dazu sollen Wohlstandsindikatoren verwendet werden, welche in der Lage sind, die  
758 aufgezeigten Wohlstandsdimensionen zu erfassen. Unser Ziel bleibt die gleiche Verteilung  
759 gesellschaftlichen und individuellen Wohlstands, sowohl global als auch innerhalb von  
760 Gesellschaften.

761

762 Eine Änderung unseres Wirtschaftens ist dringend notwendig. Naiv wäre es zu glauben, wir  
763 könnten weiter machen wie bisher. Dies zeigen die bereits überschrittenen Grenzen der  
764 Umweltbelastbarkeit unseres Planeten aufs deutlichste. Weiteres Wachstum kann es nur geben,  
765 wenn es uns gelingt, Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Dafür wollen wir die  
766 politischen Rahmenbedingungen schaffen. Um die notwendige Reduktion des absoluten  
767 Ressourcenverbrauchs zu realisieren, werden wir zudem Suffizienzmaßnahmen brauchen. Um  
768 Wohlstand für Alle zu ermöglichen, ist die Umverteilung des vorhandenen Reichtums weit  
769 wichtiger, als die Ausweitung von Produktionskapazitäten. Dennoch werden wir im globalen  
770 Maßstab auch weiterhin materielles Wachstum brauchen, um aufholende Entwicklung zu  
771 ermöglichen und den steigenden Bedürfnissen einer wachsenden Weltbevölkerung gerecht zu  
772 werden. Simple Degrowth-Modelle, die ebenfalls quantitatives (Nicht-)Wachstum zum

773 Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen statt Bedürfnisbefriedigung und  
774 Wohlstandsmehrung in den Fokus zu nehmen, sind daher für uns keine substanzielle Antwort  
775 auf die globalen Fragen zu Wachstum, Wohlstand und Entwicklung. Kritischer Konsum kann  
776 aus unserer Sicht einen Beitrag zur Lösung globaler Nachhaltigkeitsfragen leisten,  
777 gesamtgesellschaftliche Antworten und staatliches Handeln sowie internationale  
778 Vereinbarungen jedoch nicht ersetzen.

779

780 Aufgrund ihres aktuellen und vergangenen Ressourcenverbrauchs und Schadstoffausstoß  
781 tragen die zumeist westlichen Industriestaaten die Hauptverantwortung für die Erreichung der  
782 notwendigen globalen Nachhaltigkeitsziele. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der UN und die  
783 Ermöglichung aufholender Entwicklung dürfen deshalb nicht durch Maßnahmen zur Steigerung  
784 von Nachhaltigkeit in Fragen gestellt werden. Die Einhaltung entwicklungspolitischer  
785 Finanzausgaben und in einem zweiten Schritt der Erhöhung der Budgets für eine nachhaltige  
786 Entwicklungspolitik auf Augenhöhe halten wir dazu für ebenso unabdingbar, wie  
787 Technologietransfers zur ressourcenschonenden Entwicklung, einen Schuldenschnitt für  
788 Entwicklungsländer und die beschriebenen Reformen des Weltwirtschafts- und Finanzsystems,  
789 welche eine ausgeglichene globale Machtverteilung und mehr Stabilität gewährleisten  
790 müssen.

791

792

793

794

795

796

797

798

799

800

801

802

803

804

805

806

807

808

809

810

811

812

813

814

815

816

817

818

819

820

821

822

823

824

825

826

827

828

829

830

831

832

833